

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werttages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten ins Haus für die Woche v. 19 - 24 Novbr. 1 Goldmark = 600 Milliarden Papiermark. Einzelpreis 10 Pf. 18 Gold-Pfennige = 108 Milliarden Papiermark.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernru: 1906 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtzehnstündige Zeitspanne ob. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärts 25 Gold-Pf. Veramml. Arbeit- und Wohnanzeigen 15 Gold-Pfennige. Reflektoren 30 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernru: 1926 nur Geschäftsstelle.
1906 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 266.

Dienstag, 20. November 1923.

30. Jahrgang.

Der Kampf um neue Sanktionen.

Gestern trat in Paris die Vorkonferenz der Entente-großmächte wieder zusammen, um in den Angelegenheiten der Militärkontrolle und der Heimkehr des Kronprinzen Beschlüsse zu fassen. Der britische Vorkonferenzpräsident Lord Curzon hat Sonntag abends dem Präsidenten der Vorkonferenz, Jules Cambon, angeblich erklärt, daß Großbritannien gegen neue Sanktionen sei; er hat auch mit dem Italiener d'Avogadro konferiert, gewiß über ein gemeinsames Vorgehen. Cambon erklärt, der Vorkonferenz-Kommission, wenn sie erst ihre Kontrollarbeit wieder aufnehmen könne man die Sorge überlassen, ihre Tätigkeit flug, politisch und wirkungsvoll auszuüben. So werde man also in der einzigen Art, die zulässig sei, auf die Realitäten und die Möglichkeiten des Augenblicks, wie man es in London wünsche, Rücksicht nehmen. Aber die deutschen Behörden dürften nicht eingreifen, um die Militärkontrolle der Alliierten, sei es zeitlich, sei es örtlich, zu begrenzen.

Poincaré hat Sonntags bei einer Kriegerdenkmalsentheilung in Neuilly zunächst über die Reparationsfrage geredet, ohne neues zu sagen. Er fuhr dann fort:

Ebenso wie an Reparationen liegt uns an unserer Sicherheit. Deutschland schaltet und waltet schon lange willkürlich mit den Sicherheitsbestimmungen. Es hat die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission lahmgelegt und versucht im geheimen wieder zu rüsten. Sowie die militärischen Formationen, die im Vertrag verboten sind, neu zu bilden. Gleichzeitig erteilt es dem Kronprinzen, der als erster auf der Liste der Kriegsschuldigen steht, die Erlaubnis, nach Hause zurückzukehren. Das bedeutet eine verwegene Herausforderung der Verbündeten, eine schamlose Verletzung des Versailler Vertrages und auch einen strengen Anschlag auf den Frieden. Sanktionen müssen ergriffen werden. Wir werden sie ergreifen, falls wir keine Genehmigung erlangen. Wir sind außerdem entschlossen, das besetzte Gebiet kraft des Vertrages nicht zu räumen, bevor nicht die in Versailles unterschriebenen Bestimmungen voll erfüllt sind und wir uns gegen die Möglichkeit eines neuen Angriffes hinreichend vorgesehen haben. Wir wollen nicht, daß das Opfer unserer Taten vergeblich sei. Das Blut, das sie vergossen haben, ruft nach Gerechtigkeit. Gerechtigkeit soll ihnen zuteil werden. Wir wollen nicht, daß unsere Opfer vergeblich bleiben.

Wie England denkt, zeigt eine Bemerkung der „Times“ im Anschluß an einen Offenen Brief des Generals Smuts an das Blatt, in dem er als einzige Hoffnung für die Rettung Europas die unverzügliche Einberufung einer Reparationskonferenz durch Großbritannien im Einvernehmen mit Amerika, nötigenfalls auch ohne Frankreich, befürwortet. Dazu schreibt das Blatt:

Die Reize und der Aufenthalt des ehemaligen Kronprinzen sind in Wirklichkeit belanglos. Alles, was über den früheren Kaiser geredet wird, ist leeres Märgelgeschrei. Die augenblicklich alles überragende, wirklich wichtige Tatsache, die die britische Regierung ins Auge fassen muß, ist, daß Europa, mit Einfluß unserer eigenen Alliierten, die von dem Versailler Vertrage ausgehenden Linien durchbrochen hat und daß es

neue und gefährliche Formen annimmt, deren wahre Bedeutung man in England noch kaum angefaßt hat zu begreifen.

Im französischen Außenministerium sagte man den Pressevertretern über die vermutliche Entscheidung der Vorkonferenz, die Alliierten werden eine gemeinsame energische Note an Deutschland richten, die gegen das Verbleiben des Kronprinzen in Deutschland Protest führt. In der Frage der Militärkontrolle würde man eine progressive Wiederaufnahme ins Auge fassen, wobei es dem Ermögen des Generals Rollet überlassen bleiben würde, wo diese Kontrolle ausgeübt werden kann, ohne unbedingt zu Zusammenstoßen mit der deutschen Regierung führen zu müssen. (Also dort nicht, wo sie am meisten finden würde! Red.) Man würde diese Note als einen letzten „Appell an den guten Willen Deutschlands“ betrachten. Würde Deutschland dieser Aufforderung nicht nachkommen, so würde die französische Regierung in jedem Fall zu Sanktionen schreiten.

*

Noch keine Entscheidung!

Paris, 19. November.

Die Sitzung der Vorkonferenz war um 1 Uhr 30 Min. beendet. Man traf hinsichtlich der Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle ein provisorisches Abkommen, das den interessierten Regierungen nunmehr zur Genehmigung unterbreitet wird. Nach eingehendem Meinungsaustausch wurde ein vorläufiger Text entworfen, der heute nachmittags dem französischen Ministerpräsidenten unterbreitet wird. Anzusehen wird, ob die englische Vorkonferenz seine Regierung telephonisch fragen, ob sie die ins Auge gefassten Beschlüsse annehmen will. Die Vorkonferenz wird heute abends 6 Uhr nach französischer Zeit wieder zusammentreten, um, wenn möglich, eine Entscheidung zu treffen.

Paris, 20. November.

Die Vorkonferenz hielt um 6 Uhr abends nur eine kurze Sitzung ab und wurde erst morgen vertagt, da der englische Vorkonferenzpräsident die letzten Instruktionen seiner Regierung noch nicht erhalten hat.

In der Nacht auf informierten Kreisen wird erklärt, die Einigungsformel, über die die Alliierten in den heutigen Nachmittagsstunden eine Entscheidung der Kabinette abwarten, habe etwa folgenden Inhalt: In der Kronprinzfrage haben die Alliierten ausgesprochen, daß die Unwesenheit des Kronprinzen eine Gefahr für den Frieden bedeutet. Sie drohen nicht mit Sanktionen und verlangen auch nicht direkt die Auslieferung des Kronprinzen oder seine Verbannung. Der Notenlegat an Deutschland, der sich mit der Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle befaßt, verlangt die sofortige Wiederaufnahme der Kontrolle unter gewissen, noch genauer anzugebenden Bedingungen. Sie drohen auch hier keine Sanktionen an, verlangen jedoch eine umgehende Antwort Deutschlands und befehlen sich vor, wenn die Antwort der deutschen Regierung nicht befriedigend ist, später weitere Entschlüsse zu fassen.

Der Verrat am Rheinland.

Der Fünfzehnerausschuß der besetzten Gebiete hat am Montag die Verhandlungen über die von der Regierung für das Ruhrgebiet beabsichtigten Pläne fortgesetzt. Es handelt sich bei den Besprechungen hauptsächlich auch darum, den von den Franzosen erfolgten Bestrebungen den Wind aus den Segeln zu nehmen und zu diesem Zweck die notwendigen Maßnahmen zu erörtern. Die Absichten Frankreichs gingen, soweit sie von dem französischen Vertreter der Rheinlandkommission, Tirard, vertreten werden, anfangs dahin, im Rheinland mehrere Kantone nach dem Muster der Schweiz zu schaffen. Es war u. a. daran gedacht, ein Kurfürstentum Trier, Köln usw. zu bilden, also die Rheinbundstaaten von ehedem ins Leben zurückzurufen. Inzwischen soll Herr Tirard seine Auffassung geändert und sich dahin ausgesprochen haben, daß Frankreich sich auch mit einem von Preußen getrennten Rheinlande als Staat aus Gründen der politischen Sicherheit zufrieden geben würde.

Der Vorsitzende der Rheinlandkommission in Koblenz, Tirard, hat keine Pläne sicherlich nicht ohne Kenntnis Poincarés bei den verschiedenen Gelegenheiten vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Wirtschaft und Angehörigen der politischen Parteien entwickelt. Es ist nach dem Verlauf, die die Ereignisse in den letzten Wochen im Ruhrgebiet genommen haben, nicht leicht, die französischen Autonomiepläne abzuwehren. Trotzdem bleibt die Regierung der Auffassung, daß nach dem 25. November die Unterstützungen für die Erwerbslosen und Sozialrentner in den besetzten Gebieten nicht mehr gezahlt werden können und deshalb die Bevölkerung aus eigener Kraft die Maßnahmen treffen soll, die zur Erhaltung ihres Lebens notwendig sind. Zu diesem Zweck ist die Bildung eines kleinen Ausschusses geplant, der sich aus Vertretern der Wirtschaft und der politischen Parteien, wie der Fünfzehnerausschuß, zusammensetzen soll. Ob es ihm gelingt, die bestehenden staatsrechtlichen Formen, also den Verbleib des Rheinlandes beim deutschen Reich, zu sichern, bleibt vorläufig abzuwarten.

Vor der politischen Aussprache im Reichstag.

Die heute im Reichstag beginnende politische Aussprache wird voraussichtlich nicht durch eine Erklärung der Reichsregierung eingeleitet. Der Reichskanzler beabsichtigt, erst die oppositionellen Fraktionen zu Wort kommen zu lassen und dann in die Debatte einzugreifen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat als ersten Redner den Genossen Wels bestimmt, der wahrscheinlich die politische Aussprache eröffnet. Die Deutschnationalen beabsichtigen nicht, mit einer langen Erklärung vor die Öffentlichkeit zu treten. Sie begnügen sich wahrscheinlich nach ihren bisherigen Dispositionen mit einer Reihe von Anträgen an die Regierung. In welchem Maße sich die Fraktionen der bürgerlichen Mittelparteien an der Aussprache beteiligen, ist bisher zweifelhaft, da sie erst am Dienstag zu der politischen Lage und der Aussprache im Reichstag Stellung nehmen.

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittags zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Im Verlauf der Debatte wurde allgemein über die in den letzten Wochen verfolgte Politik der Regierung scharfe Kritik zum Ausdruck gebracht. Die Fraktion faßte noch keinen endgültigen Beschluß. Es ist anzunehmen, daß sie bei der Abstimmung über die aus Anlaß der politischen Aussprache eingebrachten Anträge der Reichsregierung durch einen eigenen Antrag ihr Mißfallen über die Politik der letzten Wochen aussprechen wird. Eine endgültige Stellungnahme wird in der am Dienstag nach Beendigung der Reichstagsitzung angelegten Fraktionssitzung erfolgen.

SPD. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags nahm am Montag einen Bericht der Regierung über deren Verhandlungen mit dem Fünfzehnerausschuß der besetzten Gebiete und der Lage im Ruhrgebiet entgegen. Von der Sozialdemokratie nahm Genosse Hermann Müller das Wort. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Dollar 4,2 Billionen.

1 Goldm. 1 Million, 1 Goldpf. 10 Milliarden.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 20. November.

Am Sonntag war in Bremen Bürgerchaftswahl. Das Ergebnis wurde von uns gestern veröffentlicht.

Es ist so, wie es vorausgesehen wurde. Eine Verschiebung der Stimmen nach den radikalen Flügeln. Schwächung der Mittelparteien. Der Bestand zwischen links und rechts nur wenig verändert.

Die Arbeiterparteien hatten vor der Wahl 57 Stimmen; jetzt 54. Die fehlenden drei Mandate sind aber nicht ein Verlust an die bürgerlichen Parteien, sondern an die „Hausbesitzer“.

Bremen ist ebenso wie Lübeck eine Stadt mit vielen kleinen Hausbesitzern. Und da zum ersten Male eine Hausbesitzerliste aufgestellt wurde, so gaben gerade die kleinen Hausbesitzer dieser ihre Stimme. Nach wenigen Wochen werden sie feststellen, daß sie damit sich selbst gar nichts, der bürgerlichen Reaktion aber sehr viel geholfen haben. Und dann wird auch in Bremen, ebenso wie in Lübeck, die parlamentarische Herrlichkeit der „Hausbesitzer“ ebenso rasch verfliegen wie der Vollmond an einem Sommermorgen.

Aber für uns muß die überall erscheinende politische Verunsicherung gerade der kleinen Hausbesitzer ein Verhängnis sein, um der Wohnungspolitik der letzten Jahre erhöhte Beachtung zu schenken. Es haben sich da ganz unumgängliche Zustände entwickelt, die auf die Dauer gerade der Allgemeinheit schwersten Schaden bringen werden.

Von den bürgerlichen Parteien haben die Demokraten 7 Sitze verloren, die Deutsche Volkspartei 1. Gewonnen haben die Deutschnationalen 4 und die Deutschpolitischen, die zum ersten Male auftraten, 7.

Ein Warnungszeichen für die bürgerlichen Mittelparteien, die infolge absoluten Gedankenarbeits den „Marxismus“ von früh bis spät mit der „nationalen Phrase“ toschlagen wollen, und damit nur erreichen, daß ihre eigenen Anhänger in das Lager der noch nationaleren Imperialisten abmarschieren.

Die ganze Entwicklung ist bedauerlich — im Interesse der deutschen Republik. Sie ist eine Folge der wirtschaftlichen Fieberdauer, die den deutschen Volkkörper durchschüttelt. Mit beginnender wirtschaftlicher Gesundung wird auch die politische Verunsicherung und Raschheit wieder verschwinden.

Der bevorstehende Volksentscheid hat schon allerlei Verwirrung angerichtet. In den Köpfen des politischen Bürgertums. Jetzt beginnt er auch zu rütteln bei einigen „unpolitischen“ Köpfen. Und da besonders schlimm.

In den „Lübecker Blättern“ meldet sich eine Nummer zum Wort. Und stimmt das alte Lied von Verfassungsbruch zum 27. mal an. Das ist weiter nicht mehr interessant.

Aber zwei Punkte des längeren Aufsatzes müssen richtig gestellt werden. Zunächst wird in dem Aufsatz behauptet, daß die Sozialdemokratie nur mit bürgerlicher Hilfe den Senat unterstützen konnte, da sie allein die Mehrheit gar nicht hätte. Der Aufsatzschreiber beweist damit, daß er von den wirklichen Vorgängen in der Bürgerchaft gar keine Ahnung hat. Er weiß offenbar nicht, daß die meisten Bewilligungen tatsächlich gegen die bürgerlich-kommunistische Einheitsfront zustande kamen. Die Tatsache, daß auf bürgerlicher Seite meist einige Mitglieder fehlen, ermöglichte solche Ergebnisse. Obgleich der sozialdemokratischen Fraktion an der absoluten Mehrheit zwei Sitze fehlen. Aber was braucht das ein Lübecker Bürgermann zu wissen? Er kann seine Aufsätze auch aus dem Handgelenk schreiben.

Bedeutend wichtiger ist der zweite Punkt. Die Sozialdemokratie wolle den Kampf um das Kampes wilsen. Denn der Senat habe eine „friedliche Umbildung“ von sich aus angebahnt. Gewiß hat er das. Aber wie? Unter allen Umständen verlangte die bürgerliche Senatsmehrheit, daß sie bei jeder Umbildung auch die Mehrheit beistehe. Ueberhaupt wollte sie nach eigenem Geschmaack die Umbildung vornehmen. Nicht nach den Absichten der Bürgerchaft!

Ist das nicht etwas anderes, Bauer? Wir werden auf diesen Punkt im Laufe des Wahlkampfes noch zu sprechen kommen.

Nie und nimmer werden wir eine Verzerrung der Fragestellung bei dem kommenden Wahlkampf dulden. Nicht das ist die Frage: Arbeitsgemeinschaft oder nicht! Sondern: Arbeitsgemeinschaft auf demokratischer Grundlage entsprechend dem Willen der Bürgerchaft oder Arbeitsgemeinschaft auf reaktionärer Grundlage unabhängig vom Willen der Bürgerchaft.

Diese Fragestellung wird jeder verstehen. Und für jeden christlichen Republikaner, für jeden christlichen Demokraten kann die Entscheidung nicht schwer fallen.

Der Kampf ruft laut: Sie hohe Obrigkeit! — Sie Volkswille! Beim Volke steht nunmehr die Entscheidung.

In Oesterreich fand vor wenigen Tagen der Parteitag der Sozialdemokratie statt. Unsere österreichischen Genossen konnten eine Heerfahrt abhalten, wie nie zuvor. Die österreichischen Sozialdemokraten haben alle Halbheiten und lahmen Kompromisse aus ihren Reihen verbannt; sie blieben von der fortwährenden Spaltung auf Moskaus Befehl verschont. In Oesterreich regiert Wien und nicht Moskau.

Wien hat eine absolute sozialdemokratische Mehrheit. Wien ist nicht nur Stadt, sondern auch Bundesstaat. Die sozialdemo-

Die Internationale für das deutsche Volk.

An die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder!

hatte die Stadtverwaltung kann deshalb ziemlich ungehindert ihre Pflicht tun. Mit Stolz stellte der Parteitag fest, daß unter sozialdemokratischer Herrschaft Wien trotz des wirtschaftlichen Niedergangs Oesterreichs geradezu Glänzendes geleistet habe.

Unter fürchtbarem Gesetze des Großkapitals wurden die Stadtfinanzen mit Hilfe weitgehender Besteuerung der großen Vermögen in Ordnung gebracht. Heute ist man darüber überall zufrieden; denn der ausgeglichene Stadthaushalt ermöglicht eine gesunde Verwaltungspolitik und weitgehende soziale Maßnahmen.

So hat Wien z. B. Mittel für den Neubau von 25 000 Wohnungen. Das Straßenbahnnetz wird ausgebaut. Großes Siedlungsgelände wird erschlossen mit Straßen und Kanalisation. Und wer profitiert davon?

Jedermann! Der Arbeiter hat Verdienst, der Handel verkauft und die Industrie bekommt Aufträge.

Bei der letzten Wahl konnte die Sozialdemokratie ihre bisherige Mehrheit im Wiener Rathaus noch gewaltig verstärken. Ein Zeichen der allgemeinen Anerkennung ihrer Tätigkeit.

Ein klarer Beweis: Wo die Sozialdemokratie die Mehrheit hat, wo sie ihr Programm im Dienste der Allgemeinheit ungehindert durch Koalitionen und Kompromisse verwirklichen kann, da sind ihre ausgezeichneten Erfolge beschieden. In Koalitionen aber, wo sie nur fünftes Rad am Wagen ist, steht sie machtlos neben der Zerkünderarbeit der kapitalistischen Parteien. Und büßt dabei das Vertrauen des unter der kapitalistischen Mißwirtschaft hungernden Volkes immer mehr ein.

Immer wieder muß es ausgesprochen werden: der österreichische Weg war und ist der bessere. Er muß und wird uns Vorbild sein!

Englische Kohlenkredite für die Reichsbahn.

Die Londoner Verhandlungen zwischen den Vertretern englischer Firmen und den Vertretern des Verkehrsministeriums des Eisenbahnzentrums, des Kohlenindikats, der Kohlen-einfuhrgesellschaft, Cäsar Volkheim (Hedwigshütte) und der Finanzgruppe Verkehrs-Kreditbank Bleichröder über einen Kohlenkredit an Deutschland sind endlich zum Abschluß gekommen. Die englischen Kontrahenten stellen ein Darlehen von 3 Millionen Pfund zur Verfügung, das aber nur nach Maßgabe der tatsächlichen Industriegarantien durch Deutschland in Anspruch genommen werden darf. Deutschland hat Sicherheitsleistungen geben müssen, so u. a. eine erste Hypothek auf unerschlossene Braunkohlenfelder bei Bitterfeld und Lübbenau. Weiter soll die Kaliindustrie Exportdividenden zur Rückzahlung des Kredits zur Verfügung stellen.

Der Vertrag wird augenblicklich in der Öffentlichkeit stark kritisiert. Ohne Zweifel ist der Import englischer Kohle, besonders der erst. Abgabe von Kalieportdividenden eine schwere Belastung für die deutsche Volkswirtschaft und den deutschen Wechselkurs. Sondern handelt die Reichsbahn aus einer gewissen Zwangslage heraus, da aus der deutschen Förderung nur 350 000 t, die man allerdings jetzt auf 550 000 t steigern zu können glaubt, zur Verfügung stehen, während sie monatlich gut 1 000 000 t braucht. Selbstverständlich muß sich die deutsche Wirtschaft unter Ausbietung aller Kraft von dem Bezug englischer Kohle unabhängig machen. In unterliegenden wäre in diesem Zusammenhang auch, inwieweit sich die reichlich vorhandene Industriekohle und die Mitteldeutschen Briketts, die von den Sachverständigen empfohlen werden, für die Lokomotivfeuerung benutzt werden können, um den englischen Import zu reduzieren.

Diese Überlegung hat aber sehr wenig mit der erwähnten Kritik zu tun, die sich jetzt unter dem Hinweis, die verpfaudeten Braunkohlenfelder könnten an englische Interessengesellschaften fallen, bis zur Ankündigung einer parlamentarischen Interpellation verdrängt hat. Man führt sie auf das richtige Maß zurück, wenn man in Betracht zieht, daß die Angriffe aus Kohlenimporteursreisen kommen, die bis jetzt das profitable Geschäft mit der Reichsbahn gemacht haben und durch den abgeschlossenen Vertrag ausgeschaltet worden sind. In diesen Kohlenimportfirmen gehört bekanntlich auch die Firma Hugo Stinnes. Die Entrüstung dieser Kreise über den Vertrag mulet um so heftiger an, als sie den von der Reichsbahn beanspruchten Kohlenkredit ablehnten und ihn nur unter der Bedingung gewähren wollten, die Reichsbahn in eine andere, dem Geschmack des Herrn Hugo Stinnes genehmen Wirtschaftsform zu überführen. Hinter ihren Angriffen steckt also weniger die Sorge um das Staats-eigentum als die Wut über ein entgangenes Geschäft und eine mißglückte machtpolitische Kalkulation.

Eine Erklärung Zeigners.

SPD. Der ehemalige sächsische Ministerpräsident bittet uns um Veröffentlichung folgender Erklärung:

„Die bürgerliche Presse veröffentlicht Mitteilungen über ein gegen mich schwebendes Ermittlungsverfahren. In diesem Verfahren werde ich Rede und Antwort stehen und es wird sich ergeben, daß alle Mitteilungen bössartige Entstellungen oder politische Tendenzbehauptungen sind. Ich habe nie für amtliche Handlungen geldliche oder geldwerte Entschädigungen erhalten.“
Dr. E. Zeigner.

Ludendorffs Sonne verblasst.

SPD. Königsberg, 19. Novbr. (Eig. Drahtb.) In der letzten Sitzung des Stadterordnetenkollegiums in Küst, das zu den Städten gehört, die seinerzeit Ludendorff das Ehrenbürgerrecht verliehen, stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, Ludendorff wegen seiner Beteiligung am Hitler-Putsch in Bayern dieses Ehrenbürgerrecht wieder abzuerkennen. Dieser Antrag wurde auch mit 17 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Der Lohnabzug

in der Woche vom 18. bis 24. November 1923.
Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen vom Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt ebenso wie für die Woche vom 18. bis zum 24. November 1923 „300 000“. Daß trotz der weiteren Marktenkung und der damit verbundenen Erhöhung der Lebenshaltungskosten aber die Verhältniszahl der Woche vom 11. bis 17. November nicht hinausgegangen worden ist, beruht darauf, daß die Ver-

hältnisse für die Woche vom 11. bis 17. November zum Zwecke der Ausgleichung der zu hohen Belastung in den letzten Oktoberwochen höher festgesetzt worden war, als es an sich erforderlich gewesen wäre. Der Ausgleich ist in dieser Woche in einem Ausmaß erreicht worden, daß der Lohnabzug nur ganz geringe Prozentsätze betragen hat. Es besteht daher zu einer weiteren Heranführung der Verhältniszahl kein Anlaß. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem bis zum 24. November 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind also die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit „300 000“ zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl „300 000“ ergeben sich z. B. folgende Wochenermäßigungen:

für die Zeit vom 16. bis 30. 9. 23 (Grundzahl) 172 800
11. bis 17. 11. 23 (dreihunderttausendfach) 51 840 000 000
18. bis 24. 11. 23 (dreihunderttausendfach) 51 840 000 000

für Steuerpfl. u. für jedes minder-jährige Kind
für Ehefrau je M. 172 800
M. 1 152 000
M. 1 440 000

für Werbungs-kosten M. 432 000 000 005
M. 432 000 000 000

damit an jenen Punkten eingegriffen werden kann, wo die Aufgaben momentan die größten Anstrengungen erfordern. Der Sieg Poincares zerstört nicht nur die ökonomischen und politischen Grundlagen der Organisationen der deutschen Arbeiterklasse. Eine große Reihe von Zeitungen mußten bereits eingestellt werden, anderen droht die Gefahr jeden Tag, der große Parteiapparat der deutschen Sozialdemokratie, der zweitstärksten Arbeiterpartei der ganzen Welt, ist in Gefahr, infolge der materiellen Schwierigkeiten in seiner Funktion gelähmt zu werden. Deshalb fordern wir die Arbeiterparteien aller Länder auf, für die Opfer,

die der Sieg Poincares und die zweideutige Politik Stresemanns fordern, mit allen ihren Kräften Mittel herbeizuschaffen,

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale erwartet von den ihr angeschlossenen Parteien, daß sie in dieser kritischen Stunde alles, was in ihren Kräften steht, tun werden, um sich den Gefahren, die den Proletariern aller Länder drohen, entgegenzustellen. Wir sind uns bewußt, wie beschränkt gegenwärtig die Wirkungsmöglichkeiten des Proletariats über den Bereich des eigenen Landes hinaus sind. Aber das Wenige, das geleistet werden kann, muß mit ganzer Kraft geleistet werden. Wir leiten daher eine Aktion ein, um materielle Mittel zusammenzufassen,

die der Sieg Poincares ist zur herrschenden in Europa geworden. Alle unglücklichen Folgen, die die Sozialistische Arbeiter-Internationale auf ihrem Gründungskongreß in Hamburg im Mai dieses Jahres vorausgesagt hat, sind zur Wahrheit geworden. Die Reaktion in Frankreich hat die Kräfte der Reaktion Deutschlands zusammenschwächt. Der nationalsozialistische Raufschuß, zu dessen Träger sich Poincare macht, hat den nationalsozialistischen Raufschuß im deutschen Bürgertum neu entfacht. Die Hitler und Ludendorff predigen wahnwichtige Revanschgeden. Die kapitalistischen Ausbeutungsziele, die die tiefste Quelle des Elendmarthes in das Ruhrgebiet geworfen sind, haben, vereint mit den Ausbeutungsmaßnahmen der Stinnes und Anholden, die gedeckt wurden von den bürzerlichen Regierungen Cuno und Stresemann, das Proletariat Deutschlands vor den Hunger in seiner entsetzlichen Gestalt gestellt.

hältiszahl für die Woche vom 11. bis 17. November zum Zwecke der Ausgleichung der zu hohen Belastung in den letzten Oktoberwochen höher festgesetzt worden war, als es an sich erforderlich gewesen wäre. Der Ausgleich ist in dieser Woche in einem Ausmaß erreicht worden, daß der Lohnabzug nur ganz geringe Prozentsätze betragen hat. Es besteht daher zu einer weiteren Heranführung der Verhältniszahl kein Anlaß. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem bis zum 24. November 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind also die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit „300 000“ zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl „300 000“ ergeben sich z. B. folgende Wochenermäßigungen:

für die Zeit vom 16. bis 30. 9. 23 (Grundzahl) 172 800
11. bis 17. 11. 23 (dreihunderttausendfach) 51 840 000 000
18. bis 24. 11. 23 (dreihunderttausendfach) 51 840 000 000

für Steuerpfl. u. für jedes minder-jährige Kind
für Ehefrau je M. 172 800
M. 1 152 000
M. 1 440 000

für Werbungs-kosten M. 432 000 000 005
M. 432 000 000 000

Bayern ist erledigt!
Und die Deutschvölkischen mit.

Der Stoß, den die rechtsradikale Bewegung am 9. November von Hitler, Ludendorff und Kahr erhielt, hat sie viel mehr getroffen, als irgendein Dolchstoß eines der bisherigen Novemberverbrecher. Die Spalten der rechtsradikalen Zeitungen und Blätter sind angefüllt mit Auseinandersetzungen, mit Beschuldigungen und Beschönigungen. Das moralische Ansehen der rechtsradikalen Bewegung der nächsten Zeit wird das noch deutlicher zeigen, als es bisher schon zum Ausdruck gekommen ist. Die verätherischen Schüsse Kahrs gegen den Ludendorffschen Demonstrationssza werden auch Kahr trotz aller eifrigen Bemühungen der Kulissenstieher nicht mehr gestatten, die erträumte Führerrolle zu spielen. Der „Friedericus“ bringt eine neue Darstellung über die Münchener Vorgänge, die sich ausdrücklich auf Angaben Ludendorffs stützt. Unwichtig sind die Einzelheiten, ausschlaggebend sind nur die bestimmten und konkreten Angaben Ludendorffs über u. Kahrs politische Gesamteinstellung. Unzweifelhaft heißt es in der Darstellung:

„Die Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seiger, so erklärte General Ludendorff, waren zum Loszählen gegen Berlin bereit. Es fehlten nur noch einige prominente Männer aus Norddeutschdeutschland, die mit ihrem Namen dieses Vorhaben unterstützten. In einer Besprechung, die am Donnerstag, 8. November, 4 Uhr nachmittags, zwischen Dr. v. Kahr, v. Lossow, v. Seiger und General Ludendorff stattfand, kam diese Meinung deutlich zum Ausdruck.“

Diese unmißverständliche Behauptung wird in einer Reihe von Einzelheiten belegt und führt am Schluß eines langen Berichtes über die Ursachen der Schieferung an der Feldherrnhalle in der rhetorischen Fragestellung wieder:

„Klapp und klar müssen die Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seiger erklären, ob sie schon seit Wochen den Marsch nach Berlin erzwungen haben, ob das ihre wirkliche oder ihre scheinbare Meinung war, aus welchem Grunde sie diese Meinung änderten, aber scheinbar aufrechterhielten, warum sie, nachdem sie in der Nacht wieder Bewegungsfreiheit, Truppen und Polizei hatten, ihren Mitverschworenen General Ludendorff und Hitler das nicht mitteilten und warum schließlich die Truppe an der Feldherrnhalle gegen einen marschierenden, nicht in Kampfformation befindlichen Zug in einer Weise vorging, wie es nirgends in der Welt üblich ist.“

Der „Friedericus“ erwartet offenbar keine Antwort von Kahr mehr. Auch er kommt zum Ergebnis, daß Bayerns Rolle in der rechtsradikalen Bewegung ausgespielt ist:

fen, die vor allem dazu verwendet werden sollen, die Weiterarbeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ermöglichen.

Gleichzeitig ist es aber auch nötig, Mittel zu beschaffen für den Kampf, der gegen die Fortsetzung der Politik Poincares geführt werden muß. Der Kernpunkt der politischen Entscheidung liegt in Frankreich. Leider ist die Sozialistische Partei Frankreichs durch die unverantwortliche Spaltungstaktik der Kommunisten auf das empfindlichste geschwächt. Sie hat mit immer neuer Energie ihr Tageblatt, den „Populaire“, am Leben erhalten, aber sie ist in Gefahr, diese ihre wichtigste Waffe verlieren zu müssen, knapp bevor sie in den entscheidungsvollen Wahlkampf eintritt. Die belgischen Genossen haben in internationaler Solidarität schon außerordentlich bedeutende Opfer für den „Populaire“ gebracht. Der Moment ist da, wo auch die übrigen Arbeiterparteien in die Bresche springen müssen.

So fordern wir euch auf, alle Kräfte anzustrengen, Mittel aus Parteifonds zur Verfügung zu stellen, allgemeine Sammlungen einzuleiten und alle diese Mittel bereitzustellen für den Sozialismus in Deutschland und in Frankreich.

Wir wissen nur zu gut, wie schwer die Parteien in den einzelnen Ländern mit materiellen Schwierigkeiten zu ringen haben; wir wissen nur zu gut, wie das Elend der Nachkriegszeit, die Arbeitslosigkeit und die niederen Löhne die Arbeiterkraft verarmt haben. Aber wir glauben, daß trotz all dieser Schwierigkeiten in jedem einzelnen Lande, in diesem Augenblick die internationale Solidarität des Proletariats kräftig zum Ausdruck kommen muß.

Schon haben einzelne Parteien aus eigener Initiative Sammlungen eingeleitet, so in einigen Ländern für die deutsche Partei, in Belgien für die französische Partei. Wir wollen den Fortgang dieser Sammlungen in keiner Weise stören und überlassen es den Parteien, in jedem Lande die beste Form zu finden, um den größten Erfolg zu sichern. Aber wir betonen immer von neuem:

Nähe Hilfe tut in Deutschland und in Frankreich not!

Wir bitten, die Beträge direkt an die Parteien in Deutschland und Frankreich an folgende Adressen zu überweisen: Otto Weis, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Paul Faure, 12 Rue Feytaud, Paris 2e. Gleichzeitig bitten wir, damit eine Uebersicht über das Geleistete gewonnen wird, unserem Sekretariat mitzuteilen, welche Mittel zur Verfügung gestellt werden können. London, November 1923.

Für das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Friedrich Adler. Tom Shaw.

aus dem deutschen Vaterlande ein neues römisches Reich deutscher Nation machen wollen.“

Bayerns Rolle in der rechtsradikalen sogenannten nationalen Bewegung ist deswegen ausgespielt, weil Bayern selber keine nationale Rolle spielen will. Der Konflikt zwischen Kahr und Ludendorff ist schließlich nichts anderes als der Konflikt zwischen dem bayrischen Föderalismus und dem rechtsradikalen Reichsgedanken. Die phantastischen Kreise, die von einer „Wiedergeburt“ des Deutschen Reiches träumen, haben an dem bayrischen föderalistischen Egoismus, an den mittelständischen Träumen auf Wiederherstellung einer bayrischen Hausmacht ihre erste, schwere Enttäuschung erlebt. Sie haben sich selber lächerlich und unmöglich gemacht durch die groteske Verkettung der Kräfte, auf die sie sich zu stützen glaubten. Mancher ehrliche nationalsozialistischer Befangene wird auch in Norddeutschland keine Enttäuschung an den schweren industriellen Krisen erleben, mit denen zusammen man hier die verhasste Republik beseitigen zu können glaubt. Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß die verblendet überpannten fanatischen Kreise der Rechtsradikalen sich immer und überall, in Bayern wie in Norddeutschland, mit den „harten Bataillonen“ der in Wirklichkeit antinational gestimmten Kräfte, bei es bayrischer Föderalisten, set es großindustrieller moderner Raubritter, ver-z binden. Die Enttäuschung wird auch hier nicht ausbleiben, sie wird vielleicht noch größer sein, als sie in München am 9. November gewesen ist.

Münchener Allerlei.

SPD. München, 19. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Am Sonntag wollte ein Gerücht in München von einer am Sonnabend abend abgehaltenen nationalrevolutionären Offiziersversammlung wissen, die eine Deputation an den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht geschickt habe, um ihn zur Ausruhmung der Monarchie zu veranlassen. Nach einer halbamtlichen Feststellung handelt es sich um eine Versammlung des Nationalverbundes deutscher Offiziere, Landesgruppe Bayern, in der ein Schreiben Rupprechts verlesen wurde, das aufs nachdrücklichste den Gerüchten entgegentritt, als sollte in Bayern demnächst die Monarchie ausgerufen werden.

Die Meldung der Berliner „Zeit“, daß Ministerpräsident Knilling einem Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei erklärt habe, er trete mit seinem Kabinett noch in dieser Woche zurück, entspricht nach Ermittlungen an hiesiger zuständiger Stelle in keiner Weise den Tatsachen.

SPD. München, 19. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Die drei in Innsbruck verhafteten militärischen Führer des Hitler-Putsches sind die ehemaligen aktiven Offiziere Oberstleutnant Kriebel, Hauptmann Heiß (nebenbei Redakteur des Kampfbundorgans „Heimatland“) und Hauptmann Göhring, der schwerverwundet durch eine Schlagschlagverletzung im Innsbrucker städtischen Krankenhaus liegt. Dem Vernehmen nach werden alle drei den deutschen Behörden ausgeliefert werden.

Die über den ehemaligen Justizminister Roth verhängte Haft hat sowohl den Charakter der Schutzhaft als den der Untersuchungshaft. Roths Immunität als deutschnationaler Abgeordneter des bayrischen Landtages ist unwirksam, weil das Plenum des Landtages nicht verammelt ist und Dr. Roth auch nicht Mitglied irgendeines parlamentarischen Ausschusses ist, der zurzeit tagt.

SPD. München, 19. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Die Reichsbank hat für das rechtsrheinische Bayern einen weiteren Kredit zur Kartoffelbeschaffung in Höhe von 1200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Bis zum 15. November sind etwa 2200 Waggons mit 650 000 Zentner Kartoffeln aus Norddeutschland nach Bayern eingeführt worden gegenüber 233 Waggons mit 58 000 Zentnern im Vorjahre.

SPD. Auf Beschluß des Reichskabinetts hat der Reichsverkehrsminister sich bereit erklärt, zur erleichterten Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand die Frachten der Hausbrandkohle mit 75% für die Höchstdauer eines Monats auf Goldmarkbasis bis zum 31. Dezember zu stunden. Anträge von Kommunen, Verbraucherverbänden usw. sind an die Reichsbahndirektionen zu richten.

SPD. München, 17. November. (Sig. Drahtber.) In den letzten Tagen mehren sich wieder die Gerüchte, die von einer neuen Aktion der Träger des Putzsches vom 8. November wissen wollen. Das ist aber nicht sehr wahrscheinlich, da die bekannten militärischen und politischen Führer des Kampfbundes...

Eine neue Aktion der einseitigen noch verstreuten Hitlerorganisation ist auch deshalb sehr unwahrscheinlich, weil die noch vorhandenen Führer zweiten Ranges aus ihren Schlupfwinkeln heraus ihre Anhängerschaft dahin zu beeinflussen versuchen...

Der Generalkriegskommissar Herr v. Rahr trägt sich mit neuen Plänen. Einem Artikel der „Münchener Zeitung“, dem offiziellen Organ Rahrs, ist zu entnehmen, daß, nachdem der Generalkriegskommissar seit seinem Regierungsbeginn versucht habe, die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Bayern und Reich bis zum äußersten zu wahren...

München hat ausgepflegt. Die „Kreuzzeitung“, die sehr richtig bezweifelt, ob die Münchener Vorgänge der Auftakt der Wiedererhebung Deutschlands seien, und es dahingestellt sein läßt, ob derartige Methoden nicht zum Untergang führen, kommt rückblickend zu dem Schluß, daß der Schwerpunkt der nationalen Bewegung wieder nach Norden verlegt sei. Die Einheit des Reiches werde von Berlin und der Entwicklung der Dinge in Norddeutschland abhängen...

„Dagegen machen sich laut in Reichs Strömungen und Bestrebungen bemerkbar, die dazu angetan sind, die kaum verlassenen Reaktionen der Münchener Strömungen zu einem riesigen Feuerwerk aufblenden zu lassen, in dem die gesamte nationale Bewegung ihren Untergang finden kann.“

Die Herrschaft der Reichswehr.

Die Frage des Abrückens der zurzeit noch in Sachsen befindlichen Reichswehrverbände beginnt akut zu werden. Zwar aber will man die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung endgültig sichern. Das Wehrkreiskommando IV gibt bekannt, daß General von Seidl den Generalleutnant v. Müller beauftragt...

Devisen-Kurse.

Table with columns for city (Amsterdam, Brüssel, etc.), currency, and exchange rate. Includes sub-headers for 'Berlin, 16. November' and 'Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse'.

„zunächst die Bildung einer überparteilichen Hilfs-polizei unter zuverlässigen Führern im Benehmen mit den zuständigen Stellen in die Wege zu leiten.“ Diese Hilfspolizei soll bis zur Auffüllung der rund 1500 Stellen innerhalb der Staats-polizei bestehen bleiben. Die neue Maßnahme hat in Regierungs-kreisen überaus großen Eindruck hervorgerufen.

Bermischte Nachrichten.

Auch ein „Preisdreier.“ Man soll nicht sagen, daß Polizei und Gericht in ihrem Kampf gegen Preisdreierei und Wucher es an Schnelligkeit fehlen lassen. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über einen Fall der Strafverfolgung von „Preisdreierei“, der den überzeugenden Beweis liefert, daß den Lebensmittelerzeugern schärf auf die Finger gesehen wird.

Umwanderungswindel. Der Polizei von Neapel ist es gelungen, eine weitverzweigte Gesellschaft von Neenten für unerlaubte Auswanderung zu entdecken, die ihr Hauptversteck hauptsächlich in den Abruzzern und in neapolitanischen Gebieten trieb.

Die Toten des Gaustatter Unglücks. Aus Stuttgart wird berichtet: Von den bei dem Gaustatter Eisenbahnunglück schwer Verletzten sind noch drei gestorben. Die Zahl der Toten beträgt somit zehn.

Schiffsstättentropfen. Auf dem holländischen Dampfschiff „Kipperkeek“, das sich auf dem Wege nach Batavia befand, brach im Hafen von Vatia Feuer aus.

Schrod.

Ein niederländisches Gemälde von Friedrich Hebbel. 4. Fortsetzung.

„Was?“ ruft sie, plötzlich erschreckend, aus und läßt ihre Steine zu Boden fallen. „Allerdings.“ versetzt er und lehrt wieder an ihre Seite zurück; „bemerkest du nicht, wie ihm der Schaum vom Maul stand, wie er den Schwanz zwischen die Beine klemmte, wie häßlich rot seine Augen waren, welch unnatürlich Gelächern er zum Menschenfleisch trug?“

„In diesem Augenblick ging der abscheuliche Fudel, heiß, wie er vom Rennen sein mochte, zu Wasser, mich in seiner tierischen Dummheit Lilgen strafend. Doch Lene ward es nicht gewahr; sie schob einen wütenden Blick auf mich, den ersten, wenn mir recht ist, und rief mit vor Zorn und Schreck fast erstickter Stimme: „Und das jagstet du mir nicht gleich?“

„Nun“, erwidert sie mit der ihr eigenen, unweiblichen Geheißheit und stieß die Blume, die ich ihr galant überreichte, an die Brust, „den Hals hat's ja nicht gestolet. Hoffentlich hast du bei dem hübnen Sprung die Knochen nicht verrent? Dies war Spott, ich merkte es gleich und antwortete nichts.“

„Im Wein ist Wahrheit!“ jagt das Sprichwort. Es gibt aber nur von der einen Hälfte des menschlichen Geschlechts, von der männlichen; die Weiber beichten niemals, auch nicht dem Wein. Das hab' ich noch an demselben Sonntag erfahren. Mit Lili bracht ich Lene in den Hindeldenschen Garten. „Wir können dort Kaffee oder Tee trinken“, jagt ich, ich wußte aber wohl, daß außer Wein, Rum und ähnlichen Mauerbrechern nichts zu haben war.

„Dann.“ versetzte ich, „hast du mich auch nicht lieb.“ Einen Augenblick sah sie vor sich nieder in den Schoß; dann trant sie langsam, mir die Hand über den Tisch gebend, — ich sah nicht an ihrer Seite, sondern ihr gegenüber — und mich fest ansehend, das Glas aus. Es ward ihr schwer, das sah ich. „Nun wird sie bald überprübeln.“ dacht' ich, „saubere Dinge werd' ich erfahren, aber gut ist's, wenn man's weiß, woher der Wind weht, man kann sich danach richten.“ Ich trat ihr, wie aus Versehen, auf den Fuß und hoffte, sie soll's übernehmen; sie hielt's angetrunken, wie sie war, für ein Liebeszeichen. „s tut nichts.“ dacht' ich, „die Posheit wird wohl zum Vorchein kommen, wenn die Bestattung noch mehr schwindet; schon tritt ihr ein verdächtiges Rot auf die Wangen, ihre Augen schwimmen.“ — „Über meine Mutter!“ jagt ich und schenkte noch einmal die Gläser voll. „Ja, deine Mutter“, erwiderte sie lebhaft, „aber ich nippe nur ein wenig!“

„Besser etwas, als gar nichts!“ dacht' ich und ließ es dabei bewenden. Jetzt sah sie fast gar nicht mehr auf, sondern schälte in einem fort still vor sich hin. Aufmerksam packt' ich auf jede ihrer Bewegungen. Recht zur glücklichen Stunde stellte sich, schließend im Garten herumkreuzend, ein Fudel ein. „Der wird die Mühsle in den Gang bringen.“ dacht' ich und pfiff dem Hund. Nicht ganz hatte ich mich verrechnet. „Nimm dich doch in acht, mein Schatz.“ rief sie, howie sie bemerkte, daß ich den Hund lockte. „er kann toll sein, oder es werden.“ Dabei lachte sie, daß ihr Tränen in die Augen traten. Aber es erfolgte weiter nichts. Aus Unvorsichtigkeit stieß ich die Wasserflasche um, das Wasser, an allen Seiten vom Tisch herabströmend, nähte, bevor sie ausweichen konnte, ihr Kleid ein.

„Ach, Herr Jesus!“ rief sie und flog von ihrem Sitz auf.

„Nun komm!“ dacht' ich und spitzte die Ohren; doch der Herr Jesus war der bloße Vorläufer eines gutmütigen. „Es tut nichts, es ist ja kein Wein!“ „Negerlich mich in die Rippen beißen, begann ich, auf mich selbst zu schimpfen und mich herabzusetzen. „Angehörig“, fing ich an, „bin ich, wie ein Schalk. Als ich — dies war nicht elogen — das lektmal zum Abendmahl ging, plumpte ich, jallte du's glauben, vor dem Altar, da ich eben aus dem Kelch nippen sollte, nieder, wie ein zu schwer beladener Müllereesel.“

„Bui!“ unterbrach sie mich und rümpfte die Nase. „Ja“, fuhr ich mit Lebhaftigkeit fort, „als ich das Kind meines Vaters zur Taufe hielt, ließ ich den armen Mann aus den Rippen gleiten und auf den Taufstein fallen, wo er sich an einer Ecke jämmerlich den Kopf zerstieß.“

„Wie? was sagst du?“ fragte sie, als ich ihr, verächtliche Blicke, Kopf schütteln u. dgl. mehr erwartend, fed und mit Lüfterschheit in die Augen sah. Mit Hebricitäten ungen wiederholte ich die ohnehin nur halb wahre Taufgeschicht. „Ach“, keufte sie, „ich hab' so viel Kopfweh, hätt' ich doch den Wein nicht gerufen!“ Ich ward immer hitziger, wie ein Jäger, wenn er oft abdrückt und niemals trifft, und warf mich nun ganz in die Länge. „In Bremen“, erzähl' ich, „stieß ich einem Bädergejellen, mit dem ich zu-

jammenthief, nachts beim Umwenden im Schlaf mit dem Ellbogen das Auge aus.“

„Das ist ja fürchterlich!“ fuhr sie auf. „Du könntest ja wohl, wenn du schläfst und träumst, das Haus in Brand stecken!“

„Gewiß!“ fuhr ich heuchlerisch-rühlig fort, „nachtwandelnd hab' ich mich in Frankfurt a. M. ohne irgendeinen vernünftigen Grund einmal erhenkt. Der Strick war mirbe und zerriß, sonst läß' ich hier wohl nicht and tränke auf deine Gesundheit.“

„Du treibst Posheit!“ jagte sie, laut aufschmend, und hielt mir die Hand vor den Mund. „Es ist die reine Wahrheit.“ versetzt ich mit einem Ernst, dem sie Glauben schenken mußte, „ich bin nun einmal solch ein Unglücks Mensch; was mir passiert, passiert so leicht keinem Zweiten.“ Ich feuerte kläglich, dann jagt' ich schlau: „Nicht wahr, Lene, wenn du gewußt hättest, wie's eigentlich um mich stünde, du würdest dich für einen solchen Mann besandt haben?“

„So etwas ist freilich schlimm.“ gab sie zur Antwort, „doch das wollen wir schon kriegen!“

„Wie so? wie meinst du?“ fragt' ich schnell und lauernd. „Ach was!“ jagte sie, hand auf und gab mir, warum es mir an wenigsten zu tun war, einen Kuß. Und zu Loß war die Schlange und ließ sich nicht wieder herausstreifen. Nichts erfuhr ich von ihren Tücken und Ränken, nichts von den Wägen und Qualereien, die sie mir in so reichlichem Maße zugebacht; ja, gefallen mußte ich mir's lassen, daß sie mir, als ob sie so nüchtern gewesen wäre, wie sonst, gleich nach dem Kuß ins Ohr flüsterte: „Ich hab' dich dessen ungeachtet doch lieb!“ Ich hatte ihr Herz, wie einen Wetterfahner, aufzuschlagen gehofft und wurde adgepeißt mit dem schönen Einband.

Am dem Abend jenes nämlichen Tags hab' ich zum ersten und letztenmal in meinem Leben einen Geist gesehen. Ich sage das nicht, weil ich mir was daraus einbilde, sondern nur, weil es doch immer eine Merkwürdigkeit ist. Es war gegen elf Uhr, da ging ich über den Magdalenenkirchhof, um für meine Mutter, die von einem letzten Fieber befallen war, Kamillen zu holen. Man muß nämlich über diesen Kirchhof gehen, wenn man zur Apotheke will. Ich dachte — ich kann's beschwören — nicht an Geister und Welpenster, sondern nur daran, wie angenehm es sein würde, wenn ich erst wieder zu Hause wäre; ich ließ, als ob meine Mutter auf den Tod daneberläge, und sah nicht links noch rechts. Dennoch erblickt' ich plötzlich etwas Weißes, was lang und sonderbar in die Höhe ragte; ich wurde zu Eis, und doch — so ist der Mensch — blieb ich stehen; hätte der Geist mir gewinkt, ich wäre — das glaub' ich — gestorben, wie ein Hund, zu ihm herangekommen. Aber, er bekümmerte sich nicht um mich, sondern schwebte, ohne noch drei der Geister ein Zeichen oder einen quällichen Ton von sich zu geben, langsam, langsam über die Gräber fort. Wird man's begreifen? Erst, wie er verschwunden war, kam mir die eigentliche Angst, da erst fiel mir's ein, wieviel Unheil er mir bei bösserem Gemütsbefassen hätte zufügen können.

(Fortsetzung folgt.)

Ämftlicher Teil

Das Geſetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hanſeſtadt Lübeck Nr. 86 vom 20. November 1923 enthält: (8455)
Feſtſetzung des Wertes der Sachbezüge. —
Sechster Nachtrag zu dem Geſetz vom 6. Dezember 1916 über die Verwaltungserichtbarkeit.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreiſe ab 21. November 1923:

- a) **Einzelfahrſcheine:**
bis zu 2 Zonen 15 Goldpfennige
für 3 u. 4 Zonen 25
für 5 u. mehr Zon. 35
Fahrmittelzahlung zum amtlichen Miſſelkurs vom Vortage für den Doſſar.
- b) **Monatskarten:**
bis zu 2 Zonen 2mal. Fahrt 6,50 Goldmark
4mal. Fahrt 12.—
für 3 u. 4 Zonen 2mal. Fahrt 10,50
4mal. Fahrt 20.—
für 5 u. mehr Zon. 2mal. Fahrt 14,50
4mal. Fahrt 28.—
- c) **Jugendfahrſcheine:** je 7 Goldpfennige,
in Bündeln von 15 Stück = 1,05 Goldmark.
- d) **Gepäckſcheine und Hunde:** 15 Goldpfennige.
Jugendfahrſcheine und Fahrkarten für Beſorger der Serie 8 ſind bis einſchl. 22. November gültig. Umtauſch an den bekannten Stellen gegen Serie 9, die bis einſchl. 30. November d. J. Gültigkeit hat.

Lübeck, den 20. November 1923 8452
Lübeck. Betriebe.

Vereinsregister.

Am 19. November 1923 iſt der Verein „Seſangſtrophe ehem. Kriegsgefangener“, Sitz Lübeck, eingetragen. Amtsgericht Lübeck. 8457

Nichtämftlicher Teil

Zeitungs-Anſträgerin

für Rensefeld 8417

zu ſofort geſucht bei guter Entlohnung. Zu melden bei: Giese, Rensefeld.

Für die vielen Glückwünſche und Geſchenke anläßlich unſerer ſüßen Hochzeit danken wir herzlich. 8449
Joh. Robrahn u. Frau. Bleicherer 20b.

Junges Ehepaar ſucht leere Zimmer mit Kochgelegenheit. Ang. unt. G. 468 an die Exp. d. Bl. 8441

2 Saß Perſel zu verk. Klüwer, 8445
Schwanauer Allee 13.

Tauſche 1 Zentner Kots gegen 2 ſehr neue Geſejen mit Aufhänggriff. Ang. unt. G. 467 an die Exp. d. Bl. 8456

ſehr neuer Anzug (grau) gegen Herren-Fahrrad zu tauſchen geſucht. 8485
Langer Vohberg 55. Dth.

Habe gute Herrenjoppe gegen Pelermine zu tauſch. 8458.
Welle 13

Der Mann, der am Sonntag, dem 17. November, morgens, einen ſchwarzen Kinderwagen gefunden und auf der Kanzleiwaſche war, wird dringend erſucht, denſelben Wärmegaffe 7, part. abzugeben. 8444

Zugelauten junger Hund. Abzuholen gegen Erhaltung der Kotten. 8447
Grödelgrube 76

Verzill. Sonntagdienſt. 8492
Dr. Heddinga, Gebelſtr. 1.
Dr. Lüta, Zarokſtr. 16.
Dr. Winkraeve, Noſt. 10. 22

Kernschleder
billig
Carl Maria Rohde,
Wetter Vohberg 4.

Amtl. u. Gold- und Silber-Bruch
Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfaling
32 Holſtenſtr. 32

Inserate
ſind nur
an unſere
Schäftsſtelle
aufzuliefern oder an
dieſe zu richten.

Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damamäntel, Kleiderkoffe, Reſortier, Lederjoppe, Anſticher, Harte und elegante Schuwaren, Schirmſtiefel, Kamöſel uſw. 8451
Ehlers & Reetwiſch
Holſtenſtr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Arbeiter-Anſtaltungen.
Damen- u. Herren-Gummimäntel.

Reißgasmarken
für Vereine und Gewerkschaften
fertigen und liefern prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Seide, Meyer & Co

Rentenmark-Konten

Wir eröffnen von jetzt ab proviſionsfreie und verzinſen die jeweiligen Guthaben mit 4 % jährlich bei täglicher Kündigung, mit 6 % jährlich bei monatlicher Kündigung oder auf 1 Monat feſt.

Weitere Auskunft wird an unſeren Schaltern gern erteilt.

Lübeck, den 20. November 1923. 8456

- Commerz-Bank in Lübeck
- Commerz- und Privat-Bank N.-G. Filiale Lübeck
- Darmstädter und Nationalbank, Filiale Lübeck
- Direktion der Diskonto-Gesellschaft Filiale Lübeck
- Dresdner Bank Filiale Lübeck
- Alfons Frank & Co.
- Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Landbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Lübecker Privatbank
- Spar- und Anleihe-Kaſſe zu Lübeck
- Vorkauf- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck
- Louis Wolff Commandit-Gesellschaft.

Preisw. Hrn.-u. D.

Stoffe

Leizahl. geſtattet.
Kreſten, Holſtenſtr. 17, 1.

Pferde- Koh- u. Kroll-Haare

taufen höchſtzahlend
Gebr. Wagner
Dantonsgrube 26,
Holſtenſtr. 8. (8433)
Kernſprecher 3414.

Brillanten

große Objekte, Gold-, Silber-, Münzen-, Platin-, alte Geſiſſe kauft ſtändig
Alfred Frick, Huxſtr. 63.

Sämtl. Mittel gegen Huſten und Heiſerkeit
Diana-Drogerie
Paul Stammer,
Glandorſpit. 1. (8474)



Der weiſe Zauberer bin ich,
Auf Vierlei verſteh ich mich.
Ich zeige hier für Jedermann,
Was Erdel alles leiſten kann.

Erdal

Schuhpaſta Bohnerwachs
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Fahrrad geſtohlen!

Fahrradmarke Schladth Nr. 268507, faſt neu, mit Freilauf, aus verſchloſſenem Raum von unſerm Fabrikantendück Wakenigsmauer 33, ſt am Freitag-Sonabend (16.-17. 11.) geſtohlen worden. Das Rad iſt leicht erkennbar, ſchwarze Griffe, am Rahmenbau Hebelmechanismus zum Umſchalten der Ueberſetzung während des Fahrens.

Belohnung 100 Goldmark für Wiederbeſchaffung des Rades.

Belohnung 200 Goldmark für Täternachweis u. Wiederbeſchaffung des Rades.

Norddeuſcher Maſchinenbau Lübeck,
9459) T. 8646. — Wakenigsmauer 33.

Visitenkarten

werden in modernſter Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisſtr. 46**

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Zentralverband der Angestellten

Fachgruppe Kleinhandel
Die für Mittwoch angeſetzte Verſammlung findet umſtändehalber nicht ſtatt. (8442)

Moislinger Baum

Mittwoch, Anfang 3 1/2 Uhr:
Großes Künstler-Konzert
u. a. Violins, Flöten- und Cello-Solis verbunden mit Künstler-Vorträgen unter Mitwirkung von Hilde Möbius, Reinh. Wolf, Adje Otto.
Prima Kaffee und Kuchen.
Spez.: ff. Wiſſener aus d. Aktienbierbrauerei: Freier Eintritt. 8450) Freier Eintritt. Rud. Jäde.

Baugewerksbund.

8441
Bau delegierten-Verſammlung
und
Blatt delegierten der Zimmerer
am Donnerstag, 22. Nov. abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Die Vorſtände.
NB. Von allen Arbeitplätzen muß ein Vertreter erſcheinen.

Café Bernhardt

Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. Konzert. 8358) u. abds.: Konzert.
Hedemann
8 Uhr. 8357)

Hansa-Theater.

Deute Dienſtag 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Hilde Möbius.
Das Glasmädel.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr: (Bußtag)
Einmaliges (8448)
Gastspiel der Hedderdütſchen Speeldeel to Lübeck (G. W.)
De Dietricher.

Gladtheater Lübeck.

Mittwoch, 7,30 Uhr:
Die tote Stadt. (8428)
Donnerstag, 7,30 Uhr:
Hölle, Weg u. Erde.

Trocadero.

Schüſſelbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 8438)

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in ſeiner ſachgemäßen Zuſammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver iſt ein großer Unterſchied! Es liegt auf der Hand daß mindervertliche Erzeugniſſe der Waſche nicht nützlich ſind.

Dirin

Denſel's beſteſtes Seifenpulver iſt ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waſch-wirkung. Seine Verwendung ſichert ſorgfältige Behandlung der Waſche und

billiges Waschen

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierſtiffe
Federn, Federhalter
zu haben in der (8762)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Der Neue Weltkalender von 1924

iſt erſchienen. Grundpreis 30 Pf.
Buchhandlung
des Lübecker Volksboten, Johanniſtraße 46.

Wir empfehlen:
Ia. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts

zum Preise von 2 Goldmark. 8437)

Meyer & Burmeister

Hundſtraße 76. Telephon 1750.

Prima Kernleder-Sohlen.

26 Beckergrube 26. (7984)

Felle

Isaac Frankenthal
Bauſt. Beckergube 53. Tel. 8641.

Haare



Freistaat Lübeck.

Dienstag, 20. November.

Wusstag.

Die bürgerliche Welt hat ihre Fests- und Feiertage. Sie wurden dem Volke aufgedrängt, um ihm Zeit zur inneren Einkehr zu geben, sich mit seinem Herrgott auszusöhnen, seine Sünden zu bereuen. Denn deren sind gar viele. Daher ein besonderer Tag der Buße.

Und die tut not. Fromme und fromm sich Gebärdende predigen es: mangelnder Glaube, Abkehr von der Kirche, Hingabe an das Materialistische brachten uns an den Abgrund. Haltet Einkehr! Das sagen dieselben Heuchler, die seit Jahr und Tag mithalfen, diesen Abgrund zu schaufeln. Die lange vor dem alles vergötterten, was von Thronen kam, mit Thronen zu tun hatte. Die dem Volke vorwerfen materialistische Bestrebungen zu huldigen, wenn es sein kärglich Brot verbessern wollte, die selbst aber dem Götz Mamon in jenen anbeteten, von deren Wohlwollen sie abhängen. Sie huldigen Voltaires Wort: Dem Volke muß der Glaube erhalten werden, damit es seine Zinsen und Abgaben bezahle. Der Kapitalismus aber mästete sich und lobhobelte seinen Zwillingbruder, den Militarismus. Und beide zusammen fesselten das Volk, brachten ihm Religion und Käfig bei, führten es schließlich in Krieg und Verderben, in Hunger und Glend.

Im härenen Gewand soll es nun hüben — für die Verbrechen anderer. O, das Volk büßt seit 10 Jahren unermüdet. Es gab kein Gutes und Gut, nicht nur für den Feind. Auch die Frommen und Halbfrommen im eigenen Lande nahmen das „Opfer“, bis das Volk körperlich und geistig entleert am Boden lag. Und nun kommen die Hyänen der Wirtschaft, der Politik, die Machtstreber und reichen dem widerstandslosen Körper die Fesseln. Das Volk soll Buße tun für seine Sünden, die es am Kapitalismus begangen hat. Ein Vergehen am geheiligten Goldsack ist die größte Sünde. Sie ist unverzeihbar.

Unverzeihbarer aber wäre, wenn sich das schaffende Volk seiner Lage nicht besinnen und den unbarmherzigen Willen seiner ehemaligen Unterdrücker erkennen würde. Es würde ihm eine Buße auferlegt, an der es bis zum jüngsten Tage zu tragen hätte. Die Menschheit hat genug gelitten und gebüßt. Sie will endlich leben!

Wertbeständiges Geld für Erwerblosige? Der Senat hat beschlossen, den lübeckischen Geldanleiher zu beauftragen, sofort bei den Reichsstellen vorstellig zu werden, daß auch den Erwerblosen und Rentnern ein Teil ihrer Bezüge zunächst in wertbeständigem Gelde ausbezahlt wird.

Neue doppelte Postgebühren. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß von heute ab infolge der außerordentlichen Geldentwertung eine Erhöhung der seit 12. November geltenden Postgebühren um das Doppelte platzgreift. Die Verdoppelung erstreckt sich auf sämtliche Hauptgebühren im In- und Auslandsverkehr sowie auf die Nebengebühren (Einschreiben, Vorzeigen von Aufträgen und Nachnahmen usw.) Ein einfacher Fernbrief kostet demnach vom 20. November ab 20 Milliarden, ein Ortsbrief 10 Milliarden, eine Fernpostkarte 10 Milliarden, eine Ortspostkarte 4 Milliarden, eine Drucksache bis 20 Gramm 4 Milliarden.

Der Lohnkampf der Werftarbeiter.

Am Freitag kamen die Parteien unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichswirtschaftsministers noch einmal zu direkten Verhandlungen in Hamburg zusammen. Eine Verständigung war nicht möglich. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers hatte Vollmacht, sofort einen Sonder-Schlichtungsausschuß einzuberufen. Die Arbeitgeber lehnten es jedoch ab, für denselben Tag Beisitzer für einen Sonder-Schlichtungsausschuß zu bestimmen. Aus diesem Grunde, sowie wegen der unübersichtlichen Währungsverhältnisse hielt der Vertreter des Reichsarbeitsministers es nicht für ratsam, den Sonder-Schlichtungsausschuß schon am Freitag tagen zu lassen. Er setzte den Termin auf Donnerstag, den 22. November, nachmittags 3 Uhr fest. Beantragt ist:

1. die am Freitag, dem 16. November, fällige Lohnzahlung auf Grund des Kursstandes vom Vortage vorzunehmen; 2. den Arbeitsverhältnissen für nicht fertiggestellte Aufträge höhere Zuschläge zu leisten; 3. eine errätbare Regelung für die Abtragung der bisher üblichen Abschlagszahlungen; 4. Entgegenkommen bei der Aufwertung der Zwischenzahlungen.

Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungsziffer selbst stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Ziffer zeigt demnach die Höhe der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittlung vom 19. Novbr. 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungsziffer	
	in Milliarden Mark	Indexziffer (1913/14 = 1)
Ernährung	56238,0	1025,9
Bekleidung	6540,0	1169,9
Beleuchtung	1725,0	817,5
Wohnung	309,0	17,2
Bekleidung	10886,0	819,1
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	64812,0	804,9
mit	73698,0	806,9

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind gegenüber dem vorigen Montag (12. November 1923) um 28,9 und gegenüber dem letzten Donnerstag (15. November) um 132,3 Prozent gestiegen. Ohne die Bekleidungskosten beträgt die Steigerung 288,9 bzw. 136,2 Prozent. Die Grundnahrungsmittel sind um 286,2, die Brennstoffe um 307,5, die Beleuchtungskosten um 318,2, die Wohnungsmiete um 286,3 und die Bekleidungskosten um 289,5 Prozent in die Höhe gegangen.

Goldmark- und Papiermarkpreis.

Der Verband Lübecker Einzelhandelsvereine erhebt über uns ein Schreiben, in dem er behauptet, die Preise habe zum Teil „mißverständlich“ über die vom Verband Lübecker Einzelhandelsvereine beabsichtigte Neugestaltung der Preisgebung berichtet. Wir entnehmen als Tenor dieses Artikels folgendes:

„Der lübeckische Einzelhandel glaubt, daß bei Durchführung der von ihm vorgeschlagenen neuen Form der Preisgebung in allen Warenverkaufsstufen eine Preisentwertung der jetzigen Grundpreise (fälschlich schon Goldpreise genannt), bei vielen, insbesondere der Inlandwaren herbeigeführt wird. Würde nun bei Zahlung mit dem zurzeit der Gefahr schnellster Entwertung ausgesetztem Papiergeld der Preis einfach durch Multiplikation des reinen (tatsächlichen) Goldpreises mit dem künstlich zu hoch bewerteten Papiermarkkurs erreicht, so würde hierin jeglicher Entwertungsfaktor fehlen, den die jetzigen sogenannten Goldgrundpreise doch mehr oder weniger schon enthalten. Das ist wirtschaftlich unhaltbar und würde auch bald die Versorgung des Publikums ernstlich gefährden, da bei schnell fallender Papiermark der Kaufmann nicht mehr in der Lage ist, an Stelle der gegen Papiermark verkauften Waren eine auch nur annähernd gleiche Warenmenge wieder einzukaufen. Die Papiermark wird im Ausland zurzeit etwa nur halb so hoch bewertet wie durch die amtliche deutsche Kurswertung. Solange dieser große und auf die Dauer unmögliche Unterschied zwischen dem Inlandkurs und dem Auslandskurs der Papiermark besteht, ist es durchaus gerechtfertigt, daß in die Preise bei Papiergeldzahlung ein von dem Grade des künstlich geschaffenen Inland- und Auslandskursunterschieds abhängiger jeweils täglich neu festzustellender Entwertungsfaktor eingeschlossen wird, der nach dem Vorschlage des Einzelhandelsverbandes von einem besonderen aus Vertretern der Polizeibehörde und des Einzelhandels zusammengesetzten Ausschuss von Tag zu Tag neu bestimmt und veröffentlicht werden sollte. Dieser Entwertungsfaktor, der

unter Umständen bei Wiederherstellung der Parität von Inlands- und Auslandskurs der Papiermark schon in wenigen Tagen wieder auf das geringe Normalmaß sinken könnte, sollte für den ersten Tag 50 Prozent auf die geklinkten Grundpreise betragen. Das ist ein Maß, das bei der zurzeit noch um das Doppelte künstlich überhöhten Papiermark keineswegs als übermäßig bezeichnet werden kann. Es ist also eine völlige Verkennung des Grundgedankens dieses Planes, wenn im Publikum die Ansicht verbreitet ist, daß ab Montag alle Papierpreise um 50 Prozent hätten erhöht werden sollen. Daran ist gar nicht gedacht worden!

Um es nochmals zu unterstreichen, die Absicht war: Kalkulation reiner Goldpreise unter Ausschaltung aller Risikoprämien auf allen Wirtschaftsstufen und Zahlung in wertbeständigem Geld; Ausschlag eines von der Behörde genehmigten jeweils veränderlichen Entwertungsfaktors auf die geklinkten Grund-(Gold)preise bei Zahlung in Papiergeld.

Eine nicht zu unterschätzende Folge einer solchen Preisstellung würde auch die sein, daß das neue wertbeständige Geld wirklich dem Kreislauf des Verkehrs zugeführt wird und nicht nach seinem ersten Erscheinen in den Taschen derjenigen Hamsterer sofort für immer verschwindet, die seiner am wenigsten bedürfen.

Zweifelslos würden nun diejenigen Verbraucher, die noch nicht über wertbeständige Zahlungsmittel verfügen, es als eine Ungerechtigkeit empfinden, wenn sie für ihre Papiermark verhältnismäßig weniger Waren kaufen können, als diejenigen, die wertbeständiges Geld in Zahlung geben. Ebenso ungerecht ist es aber, daß die Verbraucher für wertbeständiges Geld nur ebenso wenig Ware erhalten sollen wie gegen minderwertiges Papiergeld. Sollte wirklich eine Steigerung des Papiermarkpreisesstandes der Waren sich vorübergehend herausstellen, die auf dem Verbrauch selbst (nicht auf weiterem Kurssturz) beruht — wovon wir jedoch keineswegs überzeugt sind — so ist es selbstverständlich, daß die Bezüge derjenigen Lohn- und Gehaltsempfänger, die noch ausschließlich Papiermark erhalten, hierauf nach Maßgabe des Preisindex eingestellt werden müßten. Ziel der ganzen Bestrebung soll ja doch aber keine Preissteigerung, sondern nach Möglichkeit eine Preisentwertung durch Wiedereinführung vernünftiger Preiskalkulation in allen Warenproduktions- und Umlaufstufen sein. Selbstverständlich ist das nicht von heute auf morgen möglich, aber es muß gelingen, wenn jedermann zu seinem Teil dazu beiträgt. Mag auch die Entscheidung über diese für das ganze Wirtschaftsleben so bedeutende Bestrebung durch den Einspruch des Senates vorläufig noch aufgehoben sein. Ein Gutes hat doch auch dieses Verbot erwirkt, daß die gesamte Öffentlichkeit über das Problem nachdenklich geworden ist — und erfreulicherweise mehrten sich gewichtige Stimmen aus den Kreisen der übrigen nicht dem Einzelhandel angehörenden Wirtschaftstreibenden wie der Verbraucher, die die Nichtigkeit und Notwendigkeit der Durchführung der neuen Preisgestaltung anerkennen, um zu verhindern, daß die neue Goldmark dem Weg der jetzigen Papiermark folgt.

Die Sitzung der Einzelhandelsvereine und Wirtschaftsvertreter, die am Montag früh im Arbeitsamt stattfand, führte zu dem Ergebnis, daß von den beschlossenen Maßnahmen vorläufig keine angewandt werden. Wie wir hören, hat auch der Senat aus diesem Anlaß im Sinne vorstehender Ausführungen entsprechende Schritte bei der Reichsregierung unternommen.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hamburg-Nordamerika. Nach New York: D. Hansa 22. 11., D. Cleveland 29. 11., D. Reliance 1. 12., D. Westphalia 6. 12., D. Bayern 8. 12., D. Mount Clay 13. 12. Nach Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Emden 23. 11. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Bayern 8. 12. Westküste-Nordamerika: D. Ulrich 1. 12., D. Montpelier 15. 12. Hamburg-Kuba-Mexiko-Westindien: D. Solitaria 20. 11., M. S. Denwald 8. 12., D. Toledo 22. 12., D. Denderah 23. 11., D. Amalfi 15. 12. Hamburg-Südamerika, La-Plata-Dienst: D. Baden 28. 11., D. Wasgenwald 11. 12., D. Galicia 28. 12. Brasil-Dienst: D. Niederwald 5. 12. Hamburg-Ostafrika: Engl. D. City of Canterbury 24. 11., M. S. Münsterland 1. 12., Engl. D. City of Glasgow 8. 12., D. Nachen 15. 12., Engl. D. Pyrrhus 22. 12., D. Oldenburg 29. 12.

Gegentwärtbilder.

Im Eisenbahnabteil liest ein Mann eine Zeitung. Fünf Hälse reden und krümmen sich. Sie suchen Ueberschriften. Ein jeder baut sich eine Welt dazu. Da fragt der Sechste: „Was gibts Neues?“ „Lubendorff hat gepöpstelt!“ „Ja ja alles Quatsch!“ der Sechste wieder. „Wir woll'n mal zu beipfen!“ „Jamoll, die ganze Politik ist für die Katz!“ wirft ein Siebenter wichtig dazwischen. Der Zug hält an. Die Zeitung verschwimmt. Fünf Hälse legen sich zurück, der Ueberschriftenweisheiten voll.

In einer Lehrerkonferenz habe ich neulich zu tun. Es ist unter anderem auch von der Kinderpeinigung die Rede. Nach einigem Reden fällt das Stichwort und jündet reihum: „Die dreieigen Juden ziehen uns aus bis aufs Hemde. Die sind an dem ganzen Schwindel schuld!“ Als ich hernach die wahren Ursachen der Not (ohne Rassentheorie!) aufweise, stimmt man auch mir zu. Der Antisemit und seine Freunde machen am Ende einige Einschränkungen und Vorbehalte zu ihrer Rede, wie das so üblich bei gebildeten Leuten. Deutsches Bürgergut!

Auf der Straße treffe ich einen alten Bekannten. Wir gehen ein Stück Weges mitjammen. Schnell sind wir im Gebiet der hohen Politik. O, ist der ehemals so zahme radikal geworden! Es wimmelt in seinem Sprachschatz nur so von „Verrätern“, „Lumpen“ und „Schuften“. Nur eine Diktatur kann uns noch helfen — ganz gleich ob von rechts oder von links! — Aber nur eben eine radikale Diktatur! Da war ich kurz — denn der Mann hatte den Eid auf die Verfassung geschworen. Es war doch ein Staatsbeamter!

Zwei Arbeiter stehen am Schanzen. „Ja habe mein Mitgliedsbuch längst in die Gasse gekniffen. Alles fauler! Selbst ist der Mann! Man muß nur für sich selber sorgen, sonst is man immer der Dumme! — Justau, noch 'n Bier!“ „Du hast recht! Immer weniger verdient man und immer mehr soll man kochen.“ Dann folgte eine lange Gedankenpause; indessen ich ging.

Als das kam mir ins Gedächtnis, als gestern abend einer meiner alten Weggenossen mir sagte: „Kajschelig ist unsere Zeit, knallheißer noch sind die Menschen. Gedankenlos taumeln sie von Schlagwort zu Schlagwort, von der Abendpost zur Morgenpost. Die dümmsten Parolen zermartern ihr Gehirn, und was ihnen fehlt — ist der ruhige Gedanke, Wissen und Samm-

lung. Schwarzer sind heuer wie Sand am Meer; gar so wenige von ihrem Gesicht, merktreudig, zukunftsläufig!“

Das klang bitter für wahr.

„Das Glend macht nicht kampfkraftiger. Radikaler, revolutionärer gar, wie uns unsere Brüder von links es weismachen wollen? O, wenn radikaler geistlicher bedeuten soll, woher dann all die Vermorrenheit? Ueber den Schmierigkeiten der Aufgaben der Zeit broht die Arbeiterbewegung schier zu zerbrechen! Die Radikalität von heute ist nur politisch-eploitive Nervosität! Ihr wird es gehen wie Nervösen immer: der gesteigerten Erregung folgt der Rückschlag — die Entspannung, Fatalismus, Mufflosigkeit!“

Drum, Freund, ist es klüger, nicht so große Worte zu häufen, denn praktisch, unablässig, zielklar zu wirken!“

Wir haben zu später Stunde uns lange und fest die Hand geschüttelt. Das war ein stimmiges und doch so bereites Gelächris.

Willy Birnbaum.

Warum wir kämpfen müssen.

Nach der Zerschlagung der sogenannten Zwangswirtschaft sollte die Bevölkerung herrlichen Zeiten entgegengeführt werden. Die „freie Wirtschaft“ sollte uns diese Periode bringen. Das Gegenteil ist eingetreten. Während in den Notstandswochen im August noch die Brotversorgung gesichert war, können viele jetzt kein Brot kaufen. Andere wieder hamstern Brot. Die Preise sind auf Goldmarkbasis gestiegen. Auch die Goldpreise werden erhöht. Der Getreide- und Mehlwucher wird immer unerträglicher. Ausbrüche der Verzweiflung sind fast jeden Tag zu verzeichnen. In dieses Glend hineingeführt hat uns die jämmerliche kapitalistische Wirtschaft. Sie hat die Arbeiter, Angestellten, Beamten in die größte Notlage gebracht. Sie hat den Mittelstand zerrieben. Wenn heute zahlreiche selbständige Handwerksmeister Erwerbslosenunterstützung beziehen, wenn Kleinwerkbetreibende ebenso hungern wie die Armengeheimempfänger, so ist dies das Werk des Kapitalismus. Dessen Konzentration zu einer gewaltigen Macht hat sich vollzogen auf dem Rücken der Arbeiter, des Mittelstandes. Der Sozialismus hat das vorausgesehen. Millionen Menschen haben darauf nichts gegeben. Der Sozialismus hätte seine Ziele durchsetzen können, wenn die Mehrheit der Bevölkerung zu ihm gehalten hätte. Sie hat aber bei den Wahlen zum Reichstag stets die Wortführer des Kapitalismus gewählt. Und diese haben nur dessen Interessen gewahrt! Daher müssen heute die Massen hungern.

Viele von denen, die ins Glend gestossen sind, setzen heute ihre Hoffnung auf die Reaktion auf den starken Mann des Faschismus. Das ist ebenfalls falsch. Denn der Faschismus wird geschwächt von der Schwerindustrie, von dem Grob-

agrariertum. Beide Schichten erstreben heute die nationale Diktatur, damit sie in Deutschland unumhändert herrschen, damit sie die Besetzten völlig entrechteten und ungezügelt ausbeuten können. Sie sollen verflucht werden und bei schmaler Kost hart und lange arbeiten, soweit der Kapitalismus sie braucht. Die übrigen Schichten mögen zugrunde gehen. So will sich der Kapitalismus erhalten. Das ist der Sinn der Rüstungen gegen die Republik, deren Hauptträger die organisierte Arbeiterklasse ist. Gegen sie richtet sich daher aller Haß der Reaktion. Sie will den Kapitalismus zu den größten Opfern zwingen, damit die Menschen nicht verhungern. Sie will durch großzügige Maßnahmen die ungeheuren Profite des Kapitalismus beschneiden, sie will schließlich eine Wirtschaft, in der die kapitalistische Spekulation ausgeschlossen ist, in der nur für den Bedarf der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage gearbeitet wird. Dagegen wehrt sich der Kapitalismus. Deshalb sammelt er bewaffnete Banden. Damit die Ausbeuterwirtschaft bestehen bleiben kann, soll die Republik, der Boden für den Aufstieg der Arbeiterklasse, vernichtet werden. Mögen die Hungernden diese Gefahr erkennen. Sie können nur im Kampf gegen den Kapitalismus bessere Zustände erreichen.

Weltgeschichte.

Der Dichter des Liedes „Deutschland über alles“ war ein begeisterter Republikaner und Weltbürger. Er hat unter anderem auch dieses Gedicht geschrieben:

Die Weltgeschichte, wie sie wird gelehrt
In unseren Schulen, ist am Ende nur
Nichts weiter als ein langer Kriegsbericht.
Der Menschheit ganzer Jammer wird erzählt,
Nur Morde und Totschlag ist das Heldentum.
Als gab es keine Ehre mehr
Und weiter kein Verdienst als Schlachtensteg.
Die Fürsten, welche nur durch Krieg der Welt
Gezielt, daß sie gewesen in der Welt,
Verdienen nicht, daß ihre Namen noch
Auswendig lernen muß ein edles Volk.
Das nur durch Friedenswerke frucht und strebt.
Gott wohlgefällig, gut und brav zu sein
Und seinen wärmsten Dank nur sollen will
Den Helden, die zu Recht und Freiheit ihm
Und hoher Bildung und Gessittung einst
Den Weg gezeigt, den selbst sie wanderten.
O Trauerpiel, daß Krieg noch immer ist
Die Weltgeschichte bis zum heut'gen Tag,
Als müßte sein und bleiben der Soldat
Der Menschheit würdigster Repräsentant.

